Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7882**

18. Wahlperiode 16.03.2016

Antrag

der Abgeordneten Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Matthias Gastel, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms, Annalena Baerbock, Harald Ebner, Britta Haßelmann, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Nicole Maisch, Peter Meiwald, Friedrich Ostendorff, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bericht zu den angeordneten Nachprüfungen von Diesel-Pkw vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Diesel-Pkw stoßen im normalen Fahrbetrieb auf der Straße zum Teil erheblich höhere Stickoxidemissionen aus als auf dem Prüfstand im Labor. Nach Angaben der EU-Kommission überschreiten derzeit hergestellte Euro-6-Dieselfahrzeuge unter realen Fahrbedingungen den Grenzwert für Stickoxide im Durchschnitt um das Vier- bis Fünffache. In 29 Regionen Deutschlands liegt die Luftbelastung über den zulässigen Grenzwerten.

Die Bundesregierung darf die gesundheitlichen Gefahren, die von Diesel-Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr ausgehen, nicht verharmlosen. Es ist erforderlich, die seit Jahren bekannten Abweichungen zwischen Labor- und Straßenmessungen in ihren Ursachen zu untersuchen und das Emissionsverhalten heute zugelassener Dieselfahrzeuge intensiv zu überprüfen.

Ein halbes Jahr, nachdem die Bundesregierung Nachprüfungen durch das Kraftfahrt-Bundesamt angeordnet hat, wartet die Öffentlichkeit auf die Ergebnisse. Das Ausmaß erhöhter Stickoxidemissionen bei Diesel-Pkw und die Ursachen massiver Grenzwertüberschreitungen im realen Fahrbetrieb sind bis heute nicht bekannt. Neben Fahrzeugen des VW-Konzerns zeigen auch Dieselfahrzeuge zahlreicher weiterer Hersteller ein auffälliges Abgasverhalten im Straßenverkehr. Dies hat das Kraftfahrt-Bundesamt in einer Pressemitteilung am 11. November 2015 im Grundsatz bestätigt. Nähere Informationen sind seitdem nicht erfolgt.

Damit Bund, Länder und Kommunen dem anhaltenden Problem massiver Luftverschmutzung durch Diesel-Pkw im Bestand verkehrs- und umweltpolitisch in geeigneter Weise begegnen können, müssen Ausmaß und Andauern des Abgasskandals transparent gemacht werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Diesel-Abgasskandal zügig und umfassend aufzuklären und die Beratungen notwendiger Konsequenzen aktiv zu unterstützen, indem sie rechtzeitig vor der Sonder-Umweltministerkonferenz „Automobile Abgasemission minimieren, Luftreinhaltepolitik konsequent weiterentwickeln, Verantwortung für den Gesundheitsschutz ernst nehmen", am 7. April 2016 einen aussagekräftigen Zwischenbericht zu den durch den Bundesverkehrsminister angeordneten Nachprüfungen von Dieselfahrzeugen vorlegt und darin ausweist, welche derzeit zugelassenen Fahrzeugmodelle bei RDE-Messungen des Kraftfahrt-Bundesamtes den Stickoxid-Grenzwert über den Konformitätsfaktor von 2,1 hinaus überschreiten.

Berlin, den 15. März 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333